

Postulat Steiner Bernhard und Mit. über eine Verschärfung der Drogenpolitik im Kanton Luzern

eröffnet am 21. Oktober 2025

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat und somit der Luzerner Bevölkerung darzulegen, mit welchen zusätzlichen restriktiven Massnahmen der Kanton Luzern eine deutlich strengere Drogenpolitik verfolgen kann. Insbesondere ist aufzuzeigen, wie

- der Drogenkonsum – insbesondere der Konsum von neuen, hochgefährlichen Substanzen wie Fentanyl und Crack – wirksam reduziert werden kann,
- die Prävention und der Jugendschutz verstärkt werden können, um frühzeitigen Drogenmissbrauch zu verhindern, und
- der Drogenhandel konsequenter verfolgt und eingedämmt werden kann (z. B. durch höhere Präsenz der Strafverfolgung und härtere Sanktionen gegen Drogendealer).

Der Regierungsrat wird ersucht, einen Bericht mit entsprechenden Massnahmen vorzulegen und gegebenenfalls die nötigen rechtlichen Grundlagen für eine restriktivere Drogenpolitik vorzuschlagen.

Begründung:

In den letzten fünf Jahren ist in der Schweiz ein deutlicher Anstieg des Konsums illegaler Drogen zu verzeichnen. Abwasseranalysen zeigen beispielsweise, dass sich die Rückstände bestimmter Drogen wie Kokain in Schweizer Städten seit 2012 nahezu verdoppelt haben (Statistik des Fedpol.¹ Grossstädte wie Zürich und Bern verzeichnen schweizweit bei verschiedenen Substanzen die höchsten Konsummengen. Aber auch kleinere und mittelgrosse Städte bleiben nicht verschont: 2023 berichteten zahlreiche Schweizer Städte – darunter Luzern – von wachsenden Crack-Problemen und einer sichtbaren offenen Drogenszene im öffentlichen Raum. Luzern hat insbesondere in den letzten zwei Jahren eine Zunahme des Crack-Konsums erlebt, was die Sicherheit im öffentlichen Raum beeinträchtigt und die Behörden zum Handeln zwingt. Die Stadt und der Kanton haben dazu ein Strategiepapier erarbeiten lassen.² Die angedachten Massnahmen betreffen dabei vor allem die Säulen der Prävention, Therapie und Wiedereingliederung, Schadensminderung und Überlebenshilfe. Die Säule der Kontrolle und Repression beschränkt sich auf die Schaffung eines öffentlichen Raumes, wo der Drogenkonsum toleriert wird, und die Bekämpfung des sogenannten Grosshandels. Die erstgenannten drei Säulen sind für die betroffenen Süchtigen zentral und wichtig und sollen hier nicht in Frage gestellt werden. Die Frage stellt sich jedoch, ob der Kanton Luzern in der Frage der Repression genügend tut. Die Luzerner Polizei verzeichnete 2023 2863 Betäubungsmitteldelikte,

¹ <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/88042.pdf>

² https://newsletter.lu.ch/files/SK/Mitteilungen%202025/09_Sep/20250910_Strategie-%20und%20Massnahmenbericht%20Crack.pdf

eine Zunahme um 16 Prozent gegenüber dem Vorjahr – ein deutlicher Hinweis, dass Drogenkonsum und -handel auch im Kanton Luzern im Steigen begriffen sind und bei gleichbleibendem Anstieg zu einer Verdopplung von Konsum und Handel in weniger als fünf Jahren führen werden.

Zudem haben die neuen gefährlichen Drogen wie Crack und Fentanyl eine ganz neue besorgniserregende Konsequenz für die Betroffenen und verursachen innerhalb kurzer Zeit verheerende gesundheitliche Schäden, die auch mittels der angedachten Drogenpolitik der vier Säulen nur schwer bekämpft werden können. In vielen Schweizer Städten – von grossen Zentren wie Zürich, Basel, Lausanne bis zu Städten wie Luzern, Chur, Brugg – hat sich 2023 eine offene Crack-Szene entwickelt. Sofortmassnahmen wurden zwar teils ergriffen, doch die Herausforderung bleibt gross und muss heute in den Grossstädten wie Zürich oder Bern bereits als gescheitert betrachtet werden. Fentanyl, ein synthetisches Opioid, hat in Nordamerika eine beispiellose Todesopferwelle verursacht. In der Schweiz ist Fentanyl bisher zwar erst vereinzelt nachgewiesen worden. Dennoch warnen Experten vor einem möglichen Überschwappen der Opioid-Krise nach Europa. Die Stadt Zürich bereitet sich bereits mit einem Massnahmenplan auf eine Fentanyl-Krise vor, um zu verhindern, dass die Droge Zürich erreicht. So wurden etwa 1000 Dosen Naloxon (Notfallmedikament gegen Opioid-Überdosis) beschafft, und Fachpersonal wird für den Umgang mit Fentanyl-Konsumierenden geschult. Diese Vorsorge zeigt, wie ernst die Lage genommen werden muss – auch im Kanton Luzern. Die jüngst von Luzern lancierte «Crack-Strategie» bestätigt dies selbst: Die darin empfohlenen Massnahmen sollen ausdrücklich auch helfen, auf neue Herausforderungen wie synthetische Opioide (z. B. Fentanyl) vorbereitet zu sein.

Eine restriktivere Drogenpolitik ist insbesondere zum Schutz der Jugend geboten. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen klar den Zusammenhang zwischen frühem Konsum legaler Drogen (Alkohol, Nikotin) oder Cannabis und einem späteren Einstieg in illegale Drogen. Frühzeitige Prävention ist daher entscheidend. Um zu verhindern, dass Jugendliche in den Drogenkonsum abrutschen, muss der Kanton Luzern nicht nur in Schulprogramme, Aufklärung und Früherkennung investieren, sondern darf offenen Konsum und Handel nicht tolerieren. Ebenso soll hart gegen diejenigen vorgegangen werden, die Drogen an Minderjährige abgeben.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen muss der Kanton Luzern seine Drogenpolitik kritisch überprüfen. Der aktuelle Anstieg von harten Drogen wie Crack in Luzern und die Tatsache, dass erstmals Überlegungen zu einem geduldeten Drogentreffpunkt angestellt werden, zeigen gleichzeitig den Handlungsdruck und die Machtlosigkeit. Einerseits dürfen sinnvolle Ansätze der Schadensminderung (z. B. medizinische Notfallhilfe, Suchtmonitoring) nicht vernachlässigt werden. Andererseits ist klar, dass Luzern massiv restriktiver gegen Drogenkriminalität vorgehen muss, um gar nicht erst Verhältnisse wie in grösseren Städten aufkommen zu lassen. Es gilt, den öffentlichen Raum, die Jugend und die Bevölkerung zu schützen – offene Drogenszenen dürfen nicht toleriert werden. Dealern ist konsequent das Handwerk zu legen, und Konsumtrends sind früh zu erkennen. Der Regierungsrat wird daher aufgefordert, ein Bündel an verschärften Massnahmen vorzuschlagen: Dazu könnten z. B. eine intensivierte Polizeipräsenz an Hotspots, häufiger Einsatz von Videoüberwachung oder zivilen Fahndern zur Dealer-Erkennung, strengere Strafverfolgung (engere Zusammenarbeit mit Bundesstellen, da viele Dealer grenzüberschreitend agieren), aber auch verstärkte Therapieauflagen und Präventionskampagnen für Jugendliche gehören.

Zusammenfassend verlangt dieses Postulat von der Regierung, dem Parlament konkrete Wege aufzuzeigen, wie Luzern eine strengere Drogenpolitik umsetzen kann. Ziel ist es, den Kanton Luzern vor einer weiteren Ausbreitung des Drogenkonsums zu bewahren, die Gesundheit und die Sicherheit der Bevölkerung – besonders der Jugend – zu schützen und den Drogenhandel entschiedener zu bekämpfen. Eine deutliche Verschärfung und Beschleunigung der bisherigen Massnahmen sind notwendig, um der aktuellen Entwicklung wirksam entgegenzutreten. Die Regierung soll daher einen entsprechenden Bericht mit Vorschlägen vorlegen, damit der Kantonsrat über weitere Schritte befinden kann. Nur mit einer proaktiven und restriktiven Drogenpolitik kann Luzern die drohenden Probleme eindämmen und die negativen Folgen für Gesellschaft und Individuum reduzieren.

Steiner Bernhard

Stadelmann Fabian, Hodel Thomas Alois, Schnydrig Monika, Frank Reto, Lingg Marcel, Waldis Martin, Küng Roland, Wandeler Andy, Dahinden Stephan, Vogel-Kuoni Marlen, Schumacher Urs Christian, Arnold Robi, Müller Guido, Meyer-Huwyler Sandra, Lüthold Angela